



TOP 5 e) IHK-Position: Industriepolitik = Innovations- + Standort- + Handelspolitik

Beschluss:

Die Vollversammlung der IHK Würzburg-Schweinfurt hat in ihrer Sitzung am 5. Dezember 2019 die IHK-Position: Industriepolitik = Innovations- + Standort- + Handelspolitik als Grundsatzpapier verabschiedet.

Würzburg, 5. Dezember 2019

IHK Würzburg-Schweinfurt

Dr. Klaus D. Mapara
Präsident

Prof. Dr. Ralf Jahn
Hauptgeschäftsführer

Begründung:

Die Bundesregierung erarbeitet momentan unter Federführung des Bundeswirtschaftsministers Altmaier eine Industriestrategie für Deutschland. Hierbei müssen die Belange der Wirtschaft, insbesondere der bayerischen Wirtschaft, deutlich zur Geltung kommen. Bayern ist ein Industriestandort: 16 Prozent der deutschen Industrieunternehmen haben hier ihren Sitz und geben 1,3 Millionen Menschen Arbeit. Sie erwirtschaften 27,3 Prozent der bayerischen Bruttowertschöpfung. 85 Prozent aller privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung entfielen 2017 deutschlandweit auf die Industrie. Fast 29 Prozent aller deutschen Patentpublikationen kamen 2017 aus Bayern. Hochspezialisierte Produkte und damit zusammenhängende Dienstleistungen sichern den wirtschaftlichen Erfolg Bayerns auf den internationalen Märkten. Doch dieses erfolgreiche Geschäftsmodell Bayerns ist kein Selbstläufer. Es braucht Rahmenbedingungen, die auf aktuelle Trends wie Digitalisierung, Klimawandel, Ressourcenknappheit oder demographischen Wandel eingehen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken und die industrielle Basis in Bayern, Deutschland und Europa zu festigen. Eine lenkende Industriepolitik zugunsten einzelner Branchen oder Technologien sowie staatliche Eingriffe in den Markt sind abzulehnen. Eine zukunftsfähige Industriepolitik stärkt die Innovationskraft der Wirtschaft, schafft optimale Standortbedingungen, reduziert Bürokratie, fördert Bildung und Fachkräfte und verfolgt eine verlässliche, regelbasierte Handelspolitik. Gleichzeitig müssen Politik und Wirtschaft das Bewusstsein in der Gesellschaft über die Bedeutung von Industrie, Unternehmertum und Innovationen für den Wohlstand schaffen.

Um kraftvoll und aussagekräftig gegenüber der Politik auftreten zu können, ist es notwendig, eine eigene Position zur Industriepolitik zu haben.

Die vorliegende IHK-Position entstand nach einer Vorlage der IHK für München und Oberbayern und wurde unter Einbindung des Industrie-, Technologie- und Forschungsausschusses der IHK Würzburg-Schweinfurt am 29. Oktober 2019 diskutiert und verfeinert. Es ist beabsichtigt, die vorliegende Position zu einer BIHK-Position zu entwickeln.

IHK-Position: Industriepolitik = Innovations- + Standort- + Handelspolitik

Auf einen Blick

Bayern ist ein Industriestandort: 16 Prozent der deutschen Industrieunternehmen haben hier ihren Sitz und geben 1,3 Millionen Menschen Arbeit. Sie erwirtschaften 27,3 Prozent der bayerischen Bruttowertschöpfung. 85 Prozent aller privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung entfielen 2017 deutschlandweit auf die Industrie. Fast 29 Prozent aller deutschen Patentpublikationen kamen 2017 aus Bayern. Hochspezialisierte Produkte und damit zusammenhängende Dienstleistungen sichern den wirtschaftlichen Erfolg Bayerns auf den internationalen Märkten.

Doch dieses erfolgreiche Geschäftsmodell Bayerns ist kein Selbstläufer. Globale Trends wie Verschiebungen im Welthandel, Protektionismus, Klimawandel, Ressourcenknappheit und der demografische Wandel verändern die Rahmenbedingungen für die Unternehmen. Gleichzeitig beschleunigt die Digitalisierung den Innovationsprozess, denn branchenfremde (Digital-) Unternehmen werden zu neuen Konkurrenten und schaffen neue Abhängigkeiten. Die Verfügbarkeit von Daten wird zum zentralen Wettbewerbsfaktor. Es braucht Rahmenbedingungen, die die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen weiter stärken und die industrielle Basis in Bayern, Deutschland und Europa festigen.

Eine lenkende Industriepolitik zugunsten einzelner Branchen oder Technologiefelder ist abzulehnen, denn die langfristige Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens hängt weder von der Größe noch von der Branche noch von einer Technologie ab. Staatliche Eingriffe müssen sich vielmehr auf Fälle nachweislichen Marktversagens beschränken. Sie sind nur dann sinnvoll, wenn sie messbar bessere Ergebnisse erzielen als der freie Markt oder die Bildung von Oligopolmärkten verhindern.

Eine zukunftsfähige Industriepolitik stärkt die Innovationskraft der Wirtschaft, schafft optimale Standortbedingungen und verfolgt eine verlässliche, regelbasierte Handelspolitik. Gleichzeitig müssen Politik und Wirtschaft das Bewusstsein in der Gesellschaft über die Bedeutung von Industrie, Unternehmertum und Innovationen für den Wohlstand schaffen. Industrie schafft Zukunft.

Eine zukunftsfähige Innovationspolitik ist technologieoffen, setzt Anreize für Innovationen und Investitionen, stärkt den Technologietransfer und den Gründergeist:

- Die Politik muss die großen aktuellen Themen, wie z. B. E-Mobilität, Umwelt und Gesundheit, mit klaren Strategien und Förderkonzepten und einer adäquaten Mittelausstattung fokussiert, schnell und umsetzungsorientiert angehen. Der Transfer neuer Technologien von der Wissenschaft in den Markt muss verbessert werden. Deshalb sollten Förderprogramme Technologien bis zur Marktreife unterstützen. Sie müssen unbürokratisch sein, damit KMUs und Start-ups sie nutzen können. Die a priori-Festlegung von einzelnen Wachstumsfeldern seitens des Staates sollte dagegen vermieden werden.
- Innovationsräume schaffen – auch abseits des regulatorischen Rahmens. Um das Potenzial neuer Technologien und innovativer Produkte fundiert und umfassend zu testen, braucht es für einen begrenzten Zeitraum in einem regional begrenzten (Massen-)Markt Testfelder („Sandboxes“) und Innovationsregionen. Für die Nutzung neuer Technologien muss ggf. der bestehende Rechtsrahmen zeitnah angepasst werden.
- Das Bewusstsein für die Abhängigkeit von Digitalkonzernen (Google, Microsoft etc.) sollte geschärft und eine Strategie auf Bundes- und EU-Ebene entwickelt werden (z. B. eine EU-Cloud, gezielte Ausschreibungen der Agentur für Sprunginnovationen). Es braucht Strategien zur Nutzung staatlich erhobener Daten ebenso wie die Förderung von disruptiven Technologien.
- Gründer brauchen in der Anfangsphase bürokratische Entlastung und Kapital. Die Finanzierung über Wagniskapital vor allem in der Wachstumsphase muss verbessert

werden, damit innovative Start-ups nicht auswandern und auf ausländische Investoren angewiesen sind.

Eine zukunftsfähige Standortpolitik sichert die optimale Versorgung mit Infrastruktur, setzt attraktive steuerliche Rahmenbedingungen, beschränkt die Bürokratie und reduziert den Fachkräftemangel:

- Eine optimale Versorgung mit Infrastruktur beinhaltet:
 - Den zügigen 5G-Ausbau sowie die Versorgung der Gewerbegebiete mit Glasfaser,
 - eine sichere Energieversorgung zu international wettbewerbsfähigen Preisen,
 - leistungsstarke Verkehrswege sowie ein stabiles Investitionsniveau für die Verkehrsinfrastruktur,
 - gewerbliche Ansiedlungs- und Erweiterungsflächen und eine effiziente Nutzung der Flächen über mehr interkommunale Gewerbegebiete oder eine sinnvolle, ressourcenschonende Nachverdichtungspolitik und
 - langfristige Planungssicherheit für die Rohstoffversorgung.
- Deutschland braucht international wettbewerbsfähige Unternehmenssteuern mit weniger Regulierung und mehr Transparenz sowie Anreize für Zukunftsinvestitionen.
- Die bürokratische Belastung ist in Bayern mittlerweile einer der wichtigsten negativen Standortfaktoren. Anforderungen an Produktionsanlagen, Produkte und Umweltauflagen müssen - wie auch überzogene bürokratische Prozessdokumentationsanforderungen - wieder handhabbar werden. Die Komplexität von Gesetzen sollte reduziert, konkurrierende Vorschriften abgebaut und langwierige Genehmigungsverfahren verkürzt werden. Der Kontakt mit öffentlichen Stellen sollte bundesweit abgestimmt und digital möglich sein.
- Der Mangel an Fachkräften bremst die Innovationstätigkeit von Unternehmen. Deshalb muss die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland verstärkt werden. Das Bildungssystem muss auf technologische Änderungen und neue Kompetenzanforderungen in allen Stufen schnell reagieren. Das Grundverständnis für Wirtschaft und Digitalisierung ist essenziell. Die Chancen beruflich Qualifizierter müssen sichtbarer werden. Gleichzeitig braucht es ein modernes und flexibles Arbeitsrecht.

Eine zukunftsfähige Handelspolitik sichert den Zugang zum Welthandel:

- Für den multilateralen Handel brauchen Unternehmen faire Regeln im Wettbewerb und Freihandelsabkommen. Auf EU-Ebene müssen die handelspolitischen Schutzinstrumente weiterentwickelt werden.
- Der Abbau bürokratischer Hürden im Außenhandel und im EU-Binnenmarkt ist unabdingbar – gerade bei Zulassungs- und Genehmigungsverfahren. Das EU-Recht sollte einheitlich in den Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt werden, ohne den Unternehmen zusätzliche Belastungen aufzuerlegen.
- Die Finanzierung des Exports, z. B. über Exportkredite, muss bezahlbar und verfügbar sein, gerade für KMU.